

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzl. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzl., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Harmon-Spaltenzeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertionsstempel von 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels.)

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Ihre Majestät die Kaiserin sind am 22. d. Mts. Nachmittags von Laxenburg nach Corfu abgereist. Allerhöchstdieselbe werden von Sr. I. P. Apostolischen Majestät bis Miramar begleitet.

Se. I. P. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 4. Juni d. J. den Großwardeiner Pfarrer Georg Beyer und den Uffigpöcher Pfarrer Michael Schner zu Ehrenämtern an dem Großwardeiner römisch-katholischen Domkapitel allergnädigst zu ernennen geruht.

Der Staatsminister hat den bisher supplirenden Religionslehrer am Staatsgymnasium in Udine, Weltpriester Lorenz Schiavi, über Vorschlag des dortigen erzbischöflichen Ordinariats zum wirklichen Religionslehrer daselbst ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Sitzung des Herrenhauses

am 21. Juni.

Die Sitzung beginnt um 11¹/₂ Uhr. Auf der Ministerbank: Schmerling, Pratobevera, Degenfeld und Plener.

Die Abgeordnetenloge, die Zuschauerräume und die Logen sind vollständig besetzt.

Das Protokoll wird genehmigt.

Se. I. Hoheit der Herr Erzherzog Ferdinand Max zeigt an, daß er auf Befehl Sr. Majestät in Marineangelegenheiten nach Triest hatte reisen müssen und daher verhindert war, an den Sitzungen des Reichsrathes theilzunehmen.

Nachdem mehrere Urlaubsgesuche bewilligt worden, wird zur zweiten Lesung des Gesetzentwurfes betreffs der Unverletzlichkeit und Unverantwortlichkeit der Abgeordneten des Reichsrathes und der Landtage geschritten.

Freih. v. Sichtenfels verliest den bereits in unserem gestrigen Blatte mitgetheilten Bericht.

Als Redner in der Generaldebatte sind eingeschrieben: Dr. Palacky, Fürst Vincenz Auersperg und Graf Leo Thun, sämmtlich dagegen.

Freih. v. Sichtenfels: Die Kommission habe sich den freistündigen Ideen des Abgeordnetenhauses angeschlossen, sie habe das Prinzip der Redefreiheit nicht beschränkt, sondern Bestimmungen beantragt, daß mit denselben kein Mißbrauch getrieben werden könne. Es dürfte leicht sich Jemand durch Leidenschaftlichkeit hinreißen lassen, Angriffe auf die Privat- und Amtsehre, verbrecherische Aeußerungen gegen das Staatsoberhaupt im Hause zu machen, wenn er nicht als den Ordnungsruf zu fürchten hätte. Die Kommission habe ferner einer der Verfassung widersprechenden Bestimmung nicht beipflichten können und habe auch die Hintanhaltung der Personal-Exekution für eine Verfassungsänderung gehalten.

Dr. Palacky spricht für die unveränderliche Annahme des Gesetzentwurfes, wie er aus dem Hause der Abgeordneten an das Haus gelangte.

Anbelangend die Ausdehnung des Gesetzes auf die Mitglieder der Landtage, müsse er bedauern, eine Frage angeregt zu sehen, welche die leidige Kompetenz berührt, und welche die Zentralisation mit der Autonomie in Konflikt bringt. Zentralisation und Autonomie sind nicht Zweck; sondern Mittel zu hohen Zwecken, dem Selbsterhaltungsgesühle entsprungen. Die Autonomisten wünschen nur ihre Nationalität sichergestellt.

„Die Zentralisatoren — ich darf mich über ihre Absicht nicht näher aussprechen.“

Nicht Rechthaberei, Eigensinn oder Separatismus veranlaßt Böhmen nach möglicher Autonomie zu trachten, sondern Selbsterhaltungstrieb des böhmischen Volkes.

Wenn alle Gegenstände der Gesetzgebung nach Wien gezogen werden, so muß entweder in einem polyglotten Parlamente beraten werden, oder es werden sich die nicht-deutschen Nationen verkürzt glauben.

Wenn ein Volk gar kein parlamentarisches Leben hat, so ist dieß dessen moralischer nationaler Tod.

„Wir wollen das, was nicht unbedingt zentralisiert werden muß, für die Landtage reservirt.“ Deßhalb empfehle er, den Gesetzentwurf des Hauses der Abgeordneten unverändert anzunehmen.

Wird der Gesetzentwurf des Abgeordnetenhauses nicht angenommen, so verwickeln wir uns überdieß mit diesem in einen Streit, in welchem das Unrecht auf der Seite des Herrenhauses stünde.

Fürst Vincenz Auersperg: Er wolle sich über das Meritum des Prinzips nicht aussprechen und den S. 1 keiner Beurtheilung unterziehen. Was den S. 2 betrifft, so müsse er sagen, daß dieß in demselben enthaltene Bestimmung das Ansehen, die Würde und den Kredit des Hauses nicht zu wahren geeignet sei.

(Der Präsident ermahnt den Redner seine Rede nicht abzulesen. — Redner bemerkt, daß er nur „Schlagworte“ auf dem Papier habe. [Heiterkeit].)

Die Gleichheit vor dem Gesetze sei das Palladium der Gerechtigkeit. Diese bestehe schon seit 100 Jahren in Oesterreich, und jetzt sollten die Vertreter der Völker, auf welche die Augen Oesterreichs, ja die Augen „Europa's“ gerichtet sind, Ausnahmstellungen verlangen. (Heiterkeit.) Er stelle daher den Antrag, das hohe Haus wolle den S. 1 des Kommissionsantrages annehmen, den S. 2 hingegen ablehnen.

Graf Leo Thun. Nicht in der Absicht, den Antrag der Kommission durchaus zu bekämpfen, habe er das Wort ergriffen, aber zu einem Punkte müsse er ein Amendement stellen. Die beiden Vorlagen (der Regierung und der Abgeordneten) haben die Immunität der Abgeordneten im Auge. Es habe ihm, so wie der Kommission, bedenklich erschienen, so unbedingt die Immunität auszusprechen, wie dieß in den beiden Vorlagen geschieht. Das Gerechtigkeitsgefühl sträube sich dagegen, verbrecherische Handlungen frei hingehen zu lassen. Auch die Ehre dritter Personen, die angegriffen werden könnten, habe er in Betracht ziehen zu müssen geglaubt. Allein je mehr er sich über diese Bedenken in's Klare zu setzen gesucht habe, desto mehr habe er gefunden, daß es andere Wege gebe, wie die von der Kommission vorgeschlagenen, um diese zu beseitigen. Das praktische Bedürfnis in politischer Beziehung ist hinlänglich gewahrt, wenn sich die Versammlungen innerhalb der Schranken weiser Mäßigung bewegen.

Bekanntlich sei das Gesetz der Immunität der englischen Verfassung entlehnt, wo es aber einen ganz anderen Sinn hat. Das Parlament ist in England eigentlich ein geheimes Gewesen, die Öffentlichkeit, die jetzt stattfindet, ein Mißbrauch. Da der König nichts vom Parlamente erfahren durfte, als durch ihre Adressen, so durfte Niemand erfahren, was im Schooße der Versammlung vorging.

Zudem haben die Häuser in England eine große Disziplinargewalt in der Hand.

Uebrigens könne er nicht begreifen, wozu ein solches Gesetz überhaupt notwendig sei.

„Wer sagen würde, ich sei nicht dem verantwortlichen, der ein Interesse an meinem Thun hat, er würde mich beleidigen.“ (Bravo.)

Ein Bedenken müsse er aussprechen, und das

gilt in Bezug auf den Punkt, wo die Unverletzlichkeit der Mitglieder der Landtage erwähnt wird.

Beim Kampf der großen Prinzipien miteinander müsse es immer zu einer Entscheidung kommen, und eines unterliegen.

In unserer Zeit, wo klare und feste Begriffe mangeln, wird der Weg der Vermittlung eingeschlagen; man vermittelt so lange man eben kann, und bis man zur Entscheidung einer Prinzipienfrage gezwungen ist. Durch die im Kommissions-Antrage enthaltenen Worte „und die Landtage“ wird die Versammlung gezwungen, über das Prinzip zu entscheiden.

Bereits in der ersten Berathung im Abgeordnetenhaus haben sich viele Juristen über das Prinzip ausgesprochen, die Einen behaupteten, es sei eine Verfassungsfrage, die Andern betrachteten es als einfaches Gesetz. Hierauf entwickelt er lang und breit, warum dieser Punkt eine Prinzipienfrage involvirt hat, und spricht dann noch über die Zentralisten, Föderalisten und Unionisten.

Alle wünschten wohl die Einheit, aber nicht alle Parteien seien darüber einig, auf welche Weise sie am besten zu bewerkstelligen.

Die große Idee der Verfassung, die Sr. Maj. am 20. Oktober ertheilt, ist doch die, daß in allen Kreisen der Familie und der Völker eine freiere Bewegung möglich sei, so weit es mit dem Bestande des Ganzen verträglich ist.

Wofür man den Landtagen die Immunitätsgesetze, so negirt man ihre Autonomie. Wie wenn ein Landtag die Immunität nicht verlangte, sie sogar zurückwiese, so wäre dieß doch nur vernünftig und man würde sie ihm aufbringen müssen.

Er berührt auch das Verhältniß zum anderen Hause, mit dem man sich nicht in Widerspruch setzen sollte und beantragt im S. 1 des Kommissions-Antrages die Worte „und der Landtage“, im S. 2 „oder der Landtage“ auszulassen.

Graf Kuefstein: Es wäre möglich, daß Einer im Reichsrathe bezüglich der Ausdrücke sich vergäbe, das aber solle kein Beweggrund sein, daß der ordentliche Rechtsgang eine Unterbrechung erleide. Die Demarkationslinie des Strafgesetzes soll nicht durch das Immunitätsgesetz überschritten werden.

Staatsminister Schmerling: Im Wesentlichen stimme der Kommissionsbericht mit den Regierungsvorlagen überein, man sei diesen entgegengekommen. Es handle sich vornehmlich um die Frage, ob das Immunitätsgesetz auch auf die Landtage ausgedehnt werden solle. Vorher aber müsse die Regierung sich darüber aussprechen, ob es in der Kompetenz des engeren Reichsrathes liege, ein solches Gesetz zu beschließen. Dasselbe könne unter zwei Gesichtspunkten aufgefaßt werden: entweder unter dem, daß es eine Modifikation der Verfassung, oder eine Modifikation eine Ausnahmestimmung des allgemeinen Strafgesetzes wäre. Die Regierung betrachte es unter dem zweiten Gesichtspunkte, und da sei es über jeden Zweifel erhaben, daß der engere Reichsrath darüber zu sprechen und zu beschließen die Kompetenz besitze.

Es entspricht auch der Zweckmäßigkeit, daß der Reichsrath das Gesetz berathe. Es ist für die Rechtspflege nicht gleichgültig, wenn die Gesetze in jedem Lande eine andere Modifikation erleiden. Die Autonomie der Länder soll diese Uebereinstimmung, die seit 80 Jahren besteht, nicht stören. Das wolle Se. Majestät und deshalb hat er den engern Reichsrath geschaffen. Die Anträge der Landtage bezüglich der Immunität sind aber verschieden hinsichtlich der Dauer und der Form, kaum zwei sind in Uebereinstimmung; es würde dadurch eine provinzielle Gesetzgebung geschaffen und in die Rechtseinheit Bresche geschaffen. Den Beschlüssen der einzelnen Landtage hat deshalb die Regierung Sr. Majestät die Sanction zu geben nicht empfohlen.

Graf Wolkenstein: Aus der Rede des Ministers folge nur, daß allen Landtagen eine gleiche Proposition zu machen sei.

Sichtenfels: Die Häuser sind beunruhigt, Mißbräuche zur Rede zu bringen, aber Neußerungen, wodurch Privat-, Amts- und Staatsbede angegriffen werden, sollen nicht erlaubt sein. Kann denn jedes Haus streifenden Neußerungen ernstlich entgegen treten? Redner haben sich schon oft im Parlamente verleumdend Neußerungen bedient. Was die Beschuldigungen dritter Personen betrifft, wie soll das Haus die Wahrheit ermitteln? Kann der Verleumdete mit dem einfachen Ordnungsruf sich begnügen? Ähnliches gilt von Angriffen auf Staat und Staatsoberhaupt. Die meisten deutschen Verfassungen haben Ausnahmen, wo die Gerichte sogar ohne Bewilligung des Hauses einschreiten dürfen.

Eine Herabsetzung der Würde der Abgeordneten hätte die Kommission nicht im Sinne. Erlassung eines Gesetzes gegen Mißbrauch ist keine Verletzung der parlamentarischen Würde. Es ist ja selbst im Beschlusse der Abgeordneten die Rede von einer Untersuchung, und doch hält man dies für keine Verletzung der Würde der Abgeordneten. Man hat gesagt, der Parteigeist könne hier Gewalt üben, er hoffe, die Majorität des Hauses werde sich nie vom Parteigeist hinreißen lassen, dann aber sei ja noch der unabhängige Richter, der zu entscheiden habe. Man hat gesagt, welches Strafgesetz solle maßgebend sein? Das jetzige. Diese Strafgesetze müssen modifiziert werden, aber eben deshalb hat, bis sie modifiziert sind, das Haus zu entscheiden, ob die Kritik derart ist, daß sie strafflos ausgehen solle.

Die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses hat die Ausschließung verworfen, es können also Ausschreitungen nicht kräftig hintangehalten werden, wenn man nicht den Arm des Gesetzes walten läßt.

Bzüglich der Landtage gilt ihm vor Allem die Einheit der Macht des Reiches; die Autonomie soll darauf nicht störend einwirken, aber es ist hier nicht davon die Rede, sondern es gilt einfach ein Gesetz zu machen, welches dem engeren Reichsrath zusteht. Keine Bestimmung überläßt den Landtagen die Aufhebung des Strafgesetzes. Es ist keine Verfassungsfrage, denn die Bestimmung fehlt in vielen Verfassungen, und das Gesetz ist nicht als Verfassungsgesetz vorgelegt. Es ist kein Gesetz, damit die Abgeordneten sich der Redefreiheit bedienen, sondern der Bevölkerung gegeben, damit sie wisse, die Rede sei frei. Verschiedenheit der Gesetzgebung soll nur da sein, wo Sonderverhältnisse vorhanden sind, das sei hier nicht der Fall. Abweichungen von der bürgerlichen und Strafgesetzgebung müssen vom Reichsrathe bewilligt werden.

Der Antrag des Fürsten Vincenz Auerberg geht dahin, den §. 2 des Gesetzes abzulehnen. (Er wird nur vom Kardinal Schwarzenberg unterstützt).

Palacky beantragt, den Vorschlag des Abgeordnetenhauses anzunehmen und darüber abzustimmen.

Leo Thun's Antrag „die Landtage“ wegzulassen, wird nur von 25 Stimmen unter 65 angenommen, daher ist er verworfen.

Der Antrag der Kommission wird mit 42 von 65 Stimmen angenommen. Nächste Sitzung morgen 11 Uhr.

Oesterreich.

Wien. Vom h. Herrenhause erhielt die „Tr. Ztg.“ Folgendes zur Veröffentlichung:

„Über Anregung Seiner Durchlaucht des H. M. Fürsten von Windischgrätz begiebt das Herrenhaus den Wunsch, aus Anlaß der Abreise Ihrer Majestät der Kaiserin die Gefühle seiner schmerzlichen Theilnahme Ihren Majestäten durch eine Deputation ehrenfurchtvolk bekannt zu geben. Da wegen der heute erfolgenden Abreise Ihrer Majestät der Kaiserin der Empfang der Deputation unter dankbarer Anerkennung der kundgegebenen Gesinnung abgelehnt werden mußte, so gab das Herrenhaus seinen Empfindungen in folgender, von Sr. Eminenz dem Kardinal Rauscher beantragten Fassung im Protokolle Ausdruck:

Vor kurzer Zeit ist Ihre Majestät die Kaiserin aus dem fernen Süden zurückgekehrt, und schon wird sie durch ihre Gesundheitsverhältnisse genöthigt, wieder von Wien und Sr. Majestät zu scheiden.

Franz Josef I. ist berufen für Millionen zu leben und zu wirken, allein eben deswegen berührt auch Alles, was ihn betrifft, das Herz von Millionen. Den Schmerz des Abschiedes theilen mit ihm seine Völker, theilt mit Innigkeit das Herrenhaus des Reichsrathes. Gottes schirmende Gnade möge Ihre Majestät die Kaiserin geleiten und in voller Gesundheit zu Ihrem erlauchten Gemale zurückführen. Die Liebe und Dankbarkeit seiner Völker tröste Sr. Majestät in jeder Sorge und Trübsal.“

— Wie wir erfahren, ist die Verfügung getroffen worden, daß zur Aufnahme in die k. k. Josephs-

Academie (Josephinum) ein Geburtszeugniß genügt, während bisher ein Taufzeugniß erforderlich war.

Deutschland.

Laut Berliner Nachrichten befindet sich das Ministerium Auerwald-Schwerin in einem Gährungsprozeß, und soll der Austritt des Herrn v. Schleier aus dem Kabinete eine bereits entschiedene Sache sein. Veranlassung der noch im latenten Zustande befindlichen Krise sollen die neulich erwähnten Huldigungsfeierlichkeiten sein. Die Kreuzzeitungs-Partei dringt darauf, daß diese stark nach Feudalismus riechende Feierlichkeit mit möglichstem Glanze vollzogen werde, während die Liberalen und mit ihnen das Ministerium die Huldigungsfrage durch die Eidleistung bei Beginn der Session für erledigt halten. Der Landtag hat dem König bereits gehuldigt, und es gibt kein anderes legales Organ der Bevölkerung als die Kammern. Eine Huldigung wie die beabsichtigte, beruht auf einer für die Landesvertretung verletzenden Ignorierung ihres repräsentativen Charakters.

Italienische Staaten.

Mailand, 13. Juni. Der hiesigen Quäsur ist es gelungen, den Faden einer sehr ausgedehnten republikanischen Verschwörung zu entdecken. Wie es heißt, ist sie auch der Fabrikation von Bomben à la Orsini auf die Spur gekommen, von denen sie einige zu sequestriren in die Lage gesetzt wurde. Ein gewisser Otto, der im Verdacht stand, an dieser Fabrikation theilgenommen zu haben, wurde verhaftet. Uebertrieb traf dieses Los noch Andere, und die Quäsur geht mit dem größten Eifer in ihren Nachforschungen zu Werke und stellt Nachforschungen in allen ihr verdächtig scheinenden Eisenoffizinen an.

Genoa, 17. Juni. Wenn man sich erinnert, daß Mazzini der Erste war, welcher eine detaillierte Nachricht von der Abreise Savoyens und Nizza's in die Welt schickte, che Jemand etwas von dem Bestehen des Schacherplans ahnte, so wird man der Vergebenheit, welche wir eben berichten wollen, eine gewisse Wichtigkeit nicht absprechen können. Bekanntlich gibt es hier einen Klub, welcher in direkter Verbindung mit Mazzini steht und von diesem seine Weisungen erhält, weshalb er auch von allen ähnlichen Klubs und Comité's als maßgebend und gleichsam als ein Organ Mazzini's betrachtet wird. Vorgestern Abends, mithin früher noch, als die Regierung selbst die amtliche Nachricht von der bevorstehenden Anerkennung Italiens von Seite Frankreichs empfangen hatte, wurden die Hauptmitglieder dieses Klubs zu einer Versammlung berufen, da wichtige Mittheilungen von Mazzini eingeetroffen seien. Derselbe schrieb, daß Frankreich die kais. accomplis in Italien anerkennen und den König Viktor Emanuel als König von Italien zu begrüßen bereit sei. Zugleich aber versicherte Mazzini, er habe die Beweise dafür in Händen, daß ein neuer Pakt zwischen Louis Napoleon und Viktor Emanuel abgeschlossen werde. Es handle sich nämlich um die Uebergabe Roms und die Eroberung Venetiens mit französischer Hilfe. Louis Napoleon habe die bestimmtesten Zusicherungen gemacht, daß er Piemont dazu beihilflich sein werde, ein großes italienisches Königreich mit Venetien und Rom als Hauptstadt zu bilden und zwar unter folgenden Bedingungen: 1. müsse ihm die Leitung der Bewegung und die Bestimmung des Zeitpunktes zur Ausführung des Planes ganz allein überlassen werden und der König müsse sich verpflichten, in Allem ganz nach seinen Instruktionen zu handeln. 2. Verpflichte er sich, in nicht zu ferner Zeit seine Truppen aus Rom zurückzuziehen und die ewige Stadt Piemont preiszugeben; doch müsse er als Souverän von Frankreich auch die Interessen Frankreichs im Auge behalten, und da der Besitz Corsica's zur Beherrschung des Mittelmeeres nur dann einen Werth für ihn haben könne, wenn dasselbe in der Insel Sardinien einen Stützpunkt finde, so müsse er als Preis der Uebergabe Roms die Abtretung der Insel Sardinien an Frankreich verlangen, und um dieses garantiren zu können, würden die von Rom abziehenden französischen Truppen gleich Sardinien besetzen und von der Insel Sardinien Besitz ergreifen.

Einmal im Besitze Roms könnte Piemont oder Italien, nachdem es sich hinlänglich organisiert, vom Quirinal aus die Herausgabe Venetiens von Oesterreich fordern. Napoleon verpflichte sich, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die legitimistische Agitation in Neapel, Toscana und Modena aufhöre, für die Niederhaltung des Mazzinismus müsse Italien sorgen. Napoleon verpflichte sich ferner, Italien im Kampfe gegen Oesterreich beizustehen, doch müsse er zum Lohne dieser Hülfeleistung im Interesse seiner Nation nach bewirkter Eroberung Venetiens Genua's Besitz bis zu den Seealpen beanspruchen.

Soweit Mazzini's Mittheilungen mit dem Zusage, daß es keinem Zweifel unterliege, daß Viktor Emanuel, dem es nicht um die Einigung Italiens, sondern bloß um Vergrößerung seiner Macht zu thun

sei, den schwachvollen Pakt unterzeichnen werde. Man müsse daher einen Krieg auf Leben und Tod gegen Viktor Emanuel und dessen verrätherische Regierung beginnen, jeden Schritt derselben zu erschweren und nöthigenfalls mit äußerster Gewalt die Feinde des Vaterlandes unschädlich zu machen suchen. Man kann sich denken, welchen Eindruck dieser Brief Mazzini's auf die Zuhörer machte. Nach allen Seiten, nach Turin, Paris, Cagliari und Capriera wurden Emiffäre abgeschickt, um zu warnen und zu verbinden, und der Beschluß gefaßt, einstweilen nicht nur die Schritte der Regierung Viktor Emanuel's genau zu überwachen, sondern alle Mittel anzuwenden, damit das jetzige unpatriotische Ministerium gestürzt und durch ein mehr im Sinne Mazzini's handelndes ersetzt werde.

(Tr. Ztg.)

Schweiz.

Genf, 15. Juni. Oestern sollte in Savoyen der Jahrestag der Besitzergreifung dieses Landes durch Frankreich gefeiert werden, d. h. die französischen Behörden boten alles auf, die annexirten Unterthanen des Kaisers zu einer solchen Feier zu veranlassen. Aus Annecy erfahren wir bereits, daß dieses Bemühen scheiterte, und die Behörden genöthigt waren, auf eigene Faust das „glückliche Ereigniß“, welches heute unter den Savoyarden selbst keine Anhänger mehr zu finden scheint, durch einige Pölerschüsse in das Gedächtniß der Vergessenen zurückzurufen. Die französische Polizei verdoppelt in Savoyen ihre Strenge gegen die schweizerischen Blätter. Die Nummern des „Tonnal de Genève“, welche den bundesrätlichen Geschäftsbericht über die savoyische Frage brachten, wurden auf der Post konfisziert! —

Frankreich.

Paris, 17. Juni. Zu wiederholten Malen ist in dem geheimen Rath des Kaisers die Frage angeregt worden: ob es nicht zweckmäßig sei, eine gänzliche Umgestaltung in den auswärtigen Gesandtschaften vorzunehmen. Das Hinderniß, welches sich dieser Reform widersetzt, liegt in dem Umstande, daß der Kaiser darauf besteht, Herrn Thouvenel in seinem Amt zu belassen, und dieser vertheidigt die gegenwärtigen Diplomaten, die unter seiner Leitung arbeiten. Thatsache ist, daß man mit mehreren Vertretern an den Höfen zweiten Ranges nicht ganz zufrieden ist, und in dieser Hinsicht sind Änderungen sehr bald zu erwarten.

Vermischte Nachrichten.

Laibach. An zwei Tagen nacheinander, vorgestern und gestern wurden wir durch Feuerlärm erschreckt; es brannten jedesmal eine Harpfe in der Nähe der Stadt. Das Feuer dürfte vielleicht muthwilliger oder boshafter Weise angelegt worden sein. — Oestern brannte es auch in dem nahen Dorfe Podgora bei St. Veit und sollen daselbst sechs Häuser nebst Nebengebäuden niedergebrannt sein.

— In preussischen militärischen Kreisen erregt die Erfindung einer neuen Art von Schießpulver hervorragende Aufmerksamkeit, die kürzlich von dem bei der Pulverfabrik in Spandau kommandirten Hauptmann Schulze à la suite der Magdeburg'schen Artillerie-Brigade Nr. 4 ausgegangen ist. Die Komposition dieses neuen Pulvers ist natürlich Geheimniß, doch werden der „N. Pr. Z.“ als namhafte Vortheile desselben, im Vergleich zu dem bisher gebräuchlichen Pulver, u. A. gerühmt, daß die Bestandtheile sämmtlich im Inlande produziert werden und die Kosten der Produktion sich fast um die Hälfte billiger stellen; daß es fast gar keinen Dampf verursacht und nur ein Minimum von Schlemm in den Geschützen zurückläßt; endlich daß die Gefahr von Explosionen dadurch ganz ausgeschlossen wird, daß die Bestandtheile, von einander getrennt, unschädlich sind und erst vor der Benutzung vereinigt zu werden brauchen. Nach den Versuchen, die innerhalb der letzten Wochen von Seiten der Artillerie-Prüfungs-Kommission mit dem neuen Pulver angestellt wurden und noch fortgesetzt werden, soll dasselbe sich als vollkommen praktisch bewährt haben, und in Bezug auf Kraft und Wirkung dem alten Pulver nichts nachgeben. (Es gibt also doch noch Leute, die „das Pulver“ erfinden können.)

— Ein französischer Gelehrter, Herr Coulvier-Gravier, will die Entdeckung gemacht haben, die Mittel anzugeben, wonach die Witterung für ein ganzes Jahr im Vorhinein mit einer fast unselbstbaren Sicherheit bestimmt werden kann. Der genannte Gelehrte ist zu diesem Resultate durch eine mehr als dreißigjährige Beobachtung der Sternschnuppen gelangt; aus deren Kurven und der Richtung, die sie beschreiben, er die sicheren Elemente ableitet, welche genau das Wetter für ein ganzes Jahr bestimmen. Die französische Regierung hat eine Kommission ernannt, welche das System des Herrn Coulvier prüfen wird.

Nachtrag.

Laibach. Ihre Majestät die Kaiserin sind vorgestern Nachmittag mittelst Separat-Hoftraum von Laxenburg abgereist und haben gestern früh nach 3 Uhr unsere Stadt passiert. Se. Majestät der Kaiser geruhten die Kaiserin bis Miramar zu begleiten, von wo Allerhöchstdieselbe gestern Abend 10 1/2 Uhr zurückkehrte.

Ueber die Abreise von Laxenburg lesen wir in den Wiener Blättern:

Bis zum Bahnhof in Laxenburg, der mit frischen Blumen, Fahnen und anderen Festons entsprechend ausgeschmückt wurde, ward die Kaiserin von allen Mitgliedern des kaiserlichen Hofes begleitet. Im Bahnhofe selbst versammelte sich der in Laxenburg anwesende Hofstaat. Den in Mödling bereit stehenden Separatzug leitete Herr General-Direktor Vapeyriere selbst. Außerhalb des Bahnhofes in Mödling hatten sich, weil der Zug in den Bahnhof nicht einfuhr, sondern gleich südlich einlenkte, viele Menschen versammelt und wurde die Kaiserin, welche sehr leidend aussieht, mit Enthusiasmus empfangen. Der Zug war schon eine gute Strecke entfernt und das Lächerliche dauerte noch immer fort. In Baden beurlaubten sich die in Weillburg befindlichen Mitglieder des allerb. Kaiserhauses noch ein Mal von der Kaiserin.

Die Dauer des Aufenthaltes der Kaiserin in Miramar ist von dem Eintreffen der Depesche, daß die für die Kaiserin bestimmten Lokalitäten in Corfu eingerichtet sind, abhängig; gleich nach dem Eintreffen dieser Depesche wird die Reise nach Corfu fortgesetzt, bis dahin der Aufenthalt in Miramar genommen.

Der k. k. General-Konsul in Corfu, Herr von Eisenbach, welcher für die Ankunft Ihrer Majestät der Kaiserin die nöthigen Vorbereitungen trifft, hat hieher berichtet, daß in der Nähe der Hauptstadt 2 geräumige Landhäuser, deren jedes der herrlichsten Lage sich erfreut, zur Verfügung stehen, von welchen der Privatsekretär der Kaiserin, Regierungsrath Bayer, welcher die Reise nach Corfu am Dinstage angetreten hatte, die Wahl treffen wird. Der k. k. Konsul in Cephalonia, Herr v. Sowa, welcher sich hier befindet, wird die Kaiserin auf der Reise nach Corfu begleiten.

Am 21. d. begaben sich die sämtlichen Herren Erzherzoge und Frauen Erzherzoginnen von Wien, Schönbrunn und Weillburg nach Laxenburg, um daselbst bei Ihrer Majestät der Kaiserin den Abschiedsbesuch zu machen. Ueber das Befinden der Kaiserin erzählt man, daß daselbst bis Anfangs Juni sehr befriedigend war, an den kühlen Tagen stellte sich später ein Husten und ein Reiz im Kehlkopf ein, so daß Professor Skoda zu Rathe gezogen werden mußte. Noch am Montag beabsichtigte die Kaiserin die Reise nach Pöfendorf, und war dazu auch Alles schon vorbereitet, die aber sodann eingetretene Verschlimmerung in dem Befinden machte die Reise in ein milder Klima unausschießbar. Die Dauer des Aufenthaltes der Kaiserin auf Corfu ist unbestimmt, und wird solche nach dem Eintritte der Besserung erst bestimmt werden. Professor Skoda wird dem Vernehmen nach im August nach Corfu reisen. Mit Ihrer Majestät reisen außer dem Grafen Paar: Hofdame Windischgrätz, Fürstin Taxis und Gräfin Hunyady, Kammerherr Graf Mikulowsky, Rittmeister Hunyady, Courier Graf Hohenstein und Graf Trapezy, Hofrath Bayer, Kaplan Hasel, Dr. Kumer und die Dienerschaft, bestehend aus 20 Personen.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Wien, 21. Juni. Oberhaus. Die Mittheilung des Beschlusses über die Adresse wurde vorgelesen, angenommen und die Uebergabe an das Unterhaus dem Schriftführer Baron Ocsy übertragen. Sodann wurden die Sitzungen vertagt, bis das Unterhaus seinen Beschluß über die Modalität der Uebergabe der Adresse an Se. Majestät anzeigen wird.

Im Unterhause fanden die Wahlen der Comité's zur Steuer- und Nationalitätsfrage statt.

Wien, 21. Juni. Das Haus der Abgeordneten hat die Beschlüsse der Juxta-Curial-Konferenz auf Antrag der betreffenden Kommission mit 152 gegen 70 Stimmen angenommen.

Wien, 22. Juni. Das Unterhaus beschließt: Die Adresse soll durch den Präsidenten des Hauses und ein Mitglied des Oberhauses Sr. Majestät überreicht werden.

Agram, 21. Juni. In der heutigen Landtagssitzung sprachen sieben Redner; vier für den Bericht des Zentral-Ausschusses, drei dagegen, sämtlich, mit Ausnahme des Baron Hellenbach, der sich für die frühere Real-Union ausspricht, für eine bedingte Union. Es sind noch über 20 Redner vorgemerkt.

Berlin, 21. Juni. Von der polnischen Grenze wird unter dem 20. berichtet: Die Statuten für die Gubernial-, Kreis- und Stadtrathswahlen wurden pu-

bliziert. Das Ganze beruht auf breiter Grundlage. Wählbar ist ohne Unterschied der Konfession, des Standes, bei niedrigem Zensus, wer 25 Jahre alt ist.

Berlin, 21. Juni. Von der polnischen Grenze (21.) wird berichtet: Das Staatsrathsgesetz hat wenig befriedigt, dagegen das Wahlgesetz für die Gubernial-, Kreis- und Stadträthe alle Erwartungen übertroffen. Das Gesetz über die Reform des Stadtrathes wurde publiziert; der Geschäftskreis derselben ist nicht beengt. Die Wahlgesetze sind nur provisorisch bis der Staatsrath angeordnet worden sein wird. Viele der Modulier Gefangenen wurden entlassen.

Rom, 16. Juni. In Folge einer lärmenden nationalen Kundgebung wurde das Theater geschlossen.

Turin, 21. Juni. Die Antwort auf die französische Note ist bereits abgegangen.

Paris, 21. Juni. Abends. Die heutige „Patrie“ schreibt: Das Turiner Kabinet ist mit Frankreich hinsichtlich der Anerkennung des Königreichs Italien einverstanden und gibt den Vorbehalt bezüglich der Frage wegen Roms und des Patrimoniums des Papstes zu (admet). Bismarck wird mit der Antwort heute erwartet.

Turin, 21. Juni. Die heutige „Opinione“ schreibt: Heute begann die Diskussion bezüglich des vom Ausschusse modifizierten Nationalbewaffnungsprojektes Garibaldi's. Gegen das Projekt sprach Petrucci, der eine Vermehrung des regelmäßigen Heeres vorzieht, dieser sowie der Deputierte Macelli sprachen leidenschaftlich gegen die französische Allianz und die Okkupation Roms, welche Italien Schwach und Nachteile bringen. Gegen den modifizierten Antrag sprachen noch mehrere Redner, welche Garibaldi's ursprüngliches Projekt vorziehen. Das Gesetz konnte wegen der zu geringen Anzahl anwesender Deputirten nicht votirt werden. Ricciardi interpellirte wegen Aufhebung der Akademie der Wissenschaften in Neapel; der Minister versprach die Wiedererrichtung derselben.

London, 21. Juni. In der gestrigen Unterhausung erklärte Lord John Russell auf eine Interpellation Griffiths, daß er vom französischen Botschafter die Mittheilung erhalten habe, daß die Botschafter Oesterreichs und Spaniens in Paris einen allgemein gehaltenen Vorschlag wegen eines gemeinsamen Handelns der katholischen Mächte in Betreff der weltlichen Macht des Papstes gemacht haben, der aber von Frankreich ablehnend beantwortet worden ist. Russell rief bei diesem Anlasse in's Gedächtniß, daß die weltliche Macht des Papstes ebensoviel von England, Preußen und Schweden geordnet worden sei, wie von den katholischen Mächten.

New-York, 8. Juni. Die Separatisten sind auf dem Marsche gegen Cairo. Es zirkulirt das Gerücht, daß sie die Allianz Brasiliens suchen. Die feindliche Stimmung des Nordens gegen England ist im Zunehmen.

Auszug aus dem Sitzungsprotokolle

des

krainischen Landes-Ausschusses

am 17. Juni 1861

Vorsitzender: Herr Landeshauptmann Freih. v. Codelli.

Herr Ausschußrath Michael Ambrosch,

" " Dr. Joh. Bleiweis,

" " Dr. Josef Suppan,

Hr. Ausschußraths-Stellvertreter Eduard v. Strahl.

Ausschußrath Ambrosch referirt:

1. Ueber die Einführung der Gasbeleuchtung in dem hierortigen Theater und produziert die, in Folge der Erhebungen zusammengestellte Rechnung über die Einführung der Leitungsröhren und des Lusters, im Betrage pr. 3107 fl. in Silbermünze, mit dem Besatze, daß die Zahlung auf drei Jahre repartirt werden könnte.

ad 1. Beschluß per majora, daß wegen zu schwacher Dotirung des Theatersfonds und wegen der Unzweckmäßigkeit, den Landesfond für diesen Zweck in Anspruch zu nehmen, in die Einführung der Gasbeleuchtung im Innern des Theaters nicht eingegangen werden könne, und daß lediglich im Foyer und in den Gängen zu ebener Erde vier Gasflammen anzubringen seien.

2. Ueber die Einlage des Landtags-Abgeordneten Johann Guttman, womit er den Antrag stellt, auf Erwirkung eines Gesetzes für eine zwanzigjährige Steuerfreiheit von Neubauten und für eine fünfzehnjährige Steuerfreiheit von größeren Umkaltungsbauten.

ad 2. Beschluß: an den Antragsteller eine Zuschrift erlassen, des Inhalts: der Antrag in seiner vorliegenden Stylisirung eigne sich wegen Mangels einer entsprechenden Begründung noch nicht zur Berathung im Ausschusse. Der Antragsteller wolle demnach die Begründung nachtragen. Uebrigens würde dieser vorliegende nicht begründete Antrag dem Landtage auch in der gegenwärtigen Fassung einfach unterbreitet werden.

3. Ueber den Bericht der Landes-Realitäten-Inspektion bezüglich zweier von der k. k. Landesregierung benützten, in dem vormalig ständischen sogenannten Pogatschnig'schen Hause, befindlichen zwei Zimmern.

ad 3. Wird die k. k. Landesregierung um die Räumung dieser Lokalitäten ersucht, damit dieselben vom Landesausschusse benützt werden können.

4. Ueber zwei Einlagen der Gemeindevorstände von Seisenberg und Treffen, worin in der ersteren um Erwirkung gebeten wird, daß auf dem Lande bezüglich der Verfassung der Urkunden und Eingaben für Parteien Abhilfe getroffen werden möchte, in der zweiten aber beantragt wird, daß die zwecklosen, die ländliche Bevölkerung drückenden Notariate beseitigt werden.

ad 4. Wurde nach dem Antrage beschlossen, diese beiden Einlagen der k. k. Landesbehörde zu dem Ende zu übermitteln, damit sie an das k. k. Staatsministerium zur Bedachtnahme bei den Vorlagen für die Justizorganisation, vorgelegt werden. Der Ausschußrath Herr Dr. Supan bezieht sich vor, sein Separatvotum gegen diesen Beschluß einzubringen.

Ausschußrath Dr. Bleiweis referirt

5. Ueber ein Gesuch des Laibacher Stadtmagistrates um Gestattung der Benützung des im Hauptschulgebäude befindlichen Gartens als Turnschule für das Gymnasium und die Realschule.

ad 5. Wurde dem magistratischen Gesuche unter einigen Vorbehalten willkür.

Ausschußraths-Stellvertreter v. Strahl referirt

6. Ueber eine Note an die k. k. Staatsbuchhaltung in Triest bezüglich der Mängel einer Depositen-Rechnung pro 1860.

ad 6. Wurden die Erläuterungen der Realitäten-Inspektion angemessen befunden.

7. Ueber ein Pensionsgesuch aus dem Landes-Fonde.

ad 7. Wird dem Landtag mit dem Antrage auf Genehmigung vorgelegt werden.

8. Ueber das Dienstverhältniß des Burggärtners.

ad 8. Ist beschlossen worden, für die gänzliche Bestellung des Burggärtners einen Pauschalbetrag pr. 300 fl. an einen Sachverständigen zu bezahlen, und dem abtretenden Burggärtner eine provisorische Onadengabe von monatlich 15 fl. öst. Währ. zu bewilligen.

9. Ueber eine Note an das Kuratorium des Landesmuseums, womit der Voranschlag des krainischen Musealfonds pro 1861 mitgetheilt wird.

ad 9. Beschluß nach Antrag.

10. Ueber eine Zuschrift an das Kuratorium des Landesmuseums mit der Erledigung der Musealfonds-Rechnung pro 1860.

ad 10. Wurde diese Rechnung definitiv bestätigt.

11. Ueber eine Note des hochw. Ordinariats, betreffend die Kompetenzgesuche für die Salway'sche Stiftung.

ad 11. Die Adels- und Dürftigkeitsverhältnisse bestätigt.

Schließlich sind von dem Referenten Herrn von Strahl noch mehrere Gesuche, betreffend die Verleihung einiger Stiftungen, Flüssigmachung von Vorschüssen für Kanzeleierfordernisse des Landesausschusses, eines Diurnums, Kollaudirungsakte über Konversationsarbeiten und Vermietungsgegenstände von Landesrealitäten vorgetragen, und nach den Anträgen erledigt worden.

Vom krainischen Landes-Ausschusse, den 17ten Juni 1861.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Tag	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in P. L. auf 0° R. reduziert	Lufttemperatur nach Reaum.	Wind	Witterung	Niederschlag binnen 24 Stunden Pariser Linien
18. Juni	6 Uhr Morg.	325.60	+12.8 Gr.	O.	Windstille	dichter Nebel
	2 " Nachm.	325.70	+20.0 " "		schwach	Sonnenschein
	10 " Abd.	326.00	+15.2 " "		Windstille	Sternhell
19. "	6 Uhr Morg.	326.40	+12.8 Gr.	SW.	Windstille	Sonnenschein
	2 " Nachm.	326.30	+20.8 " "		schwach	ditto
	10 " Abd.	326.50	+17.6 " "	W.	ditto	Sternhell
20. "	6 Uhr Morg.	326.60	+13.6 Gr.	O.	Windstille	Sonnenschein
	2 " Nachm.	326.50	+22.0 " "	S.	sehr stark	ditto
	10 " Abd.	326.60	+18.0 " "	S.	schwach	Sternhell

Anhang zur Laibacher Zeitung.

Börsenbericht. Wien, (Mittags 1 Uhr.) (Wr. Stg. Abbl.) Staatspapiere fest, in den Kursen jedoch keine Veränderung. Bank-Aktien anfangs ausgesetzt, zum Schlusse wieder billiger angeboten. Geld flüssig.

Öffentliche Schuld.				Geld		Ware		Geld				Ware				
A. des Staates (für 100 fl.)				Böhmen		Salz. Karl-Ludw. Bahn zu 200 fl.		Glarz		zu 40 fl. G.M.		Geld		Ware		
In österr. Währung . . . zu 5%	60.80	61.—		Steiermark	5 "	87.50	88.50	G. M. m. 140 fl. (70%) Einz.	149 —	149.50	St. Genois	" 40 "	" "	37.50	38.—	
5% Anleihe von 1861 mit Rückz.	85.40	85.50		Mähren u. Schlesien . . .	5 "	86.—	87.—	Don. Dampf.-Ges.	428 —	429.—	Windischgrätz	" 20 "	" "	22.25	22.50	
National-Anleihen mit				Ungarn	5 "	68.75	69.50	Oesterreich. Lloyd in Triest	220 —	225.—	Waldstein	" 20 "	" "	25.75	26.25	
Säcker-Goup. 5 "	81.60	81.80		Em. Van., Kre. u. Slav. . .	5 "	67.50	68.—	Wien. Dampf.-Akt.-Ges.	380 —	385.—	Keglevich	" 10 "	" "	14.75	15.25	
National-Anleihen mit				Galizien	5 "	67.—	67.75	Böhm. Westbahn zu 200 fl.	167.50	168.—	Wechsel.					
April-Goup. 5 "	80.75	80.80		Siebenb. u. Bukow. . . .	5 "	64.50	65.50				3 Monate					
Metalliques 5 "	68.60	68.75		Venetianisches Anl. 1859	5 "	89.—	90.—	Pfandbriefe (für 100 fl.)								
dette mit Mai-Goup. . . 5 "	69.40	69.50		Aktien (pr. Stück).				National-Goup. v. J. 1857 5%	102.—	102.50	Augsburg, für 100 fl. südd. W.	116 —	116.25			
dette mit Verlosung v. J. 1839	115.—	115.50		Nationalbank	757.—	758.—	Bank auf 10 " ditto . . . 5 "	97.50	98.—	Kranzfurt a. M., dette	116.25	116.50				
" 1854	92.50	92.75		Kredit-Anst. f. Handel u. Gew. zu			G. M. verlosbare 5 "	90.50	91.—	Hamburg, für 100 Mark Banco	102.25	102.50				
" 1860 zu	84.80	85.—		200 fl. d. W. (ohne Div.)	177.—	177.10	Nationalb. (verlosbare . . 5 "	86.50	86.75	London, für 10 Pf. Sterling	137.—	137.40				
zu 100 fl.	89.—	89.27		N. d. Gecomm.-Ges. 500 fl. d. W.	582.—	583.—	Loose (per Stück.)				Cours der Geldsorten.					
Gemeindef. zu 42 L. austr.	16.50	17.—		R. Ferd. Nordb. 1000 fl. G.M. 1861.	1962.—		Kred.-Anstalt für Handel u. Gew.				Geld	Ware				
B. der Kronländer (für 100 fl.)				Staats-Ges. Ges. zu 200 fl. G.M.	275.—	275.50	zu 100 fl. öst. W.	117.40	117.50	R. Münz-Dufaten 6 fl. 55 Mfr.	6 fl. 56	Mfr.				
Grundentlastungs-Obligationen.				Kais. Elis.-Bahn zu 200 fl. G.M.	171.—	171.50	Don. Dampf.-G. z. 100 fl. G.M.	101.50	101.75	Kronen 18 "	92 "	18 "	96 "			
Nieder-Oesterreich . . . zu 5%	89.50	90.—		Südnordb. Verb. 200 " "	120.—	120.25	Stadtgem. Ofen zu 40 fl. d. W.	38.50	37.—	Napoleon'sdor . . 10 "	97 "	10 "	98 "			
Ob. Oest. und Salz. . . . 5 "	89.—	89.50		Südl. Staats. lomb. ven. u. Cent.			Gherhazy 40 " G.M.	95.—	96.—	Russ. Imperiale . 11 "	25 "	11 "	27 "			
				ital. Eis. 200 fl. d. W. 500 Kr.			Salm 40 "	38 —	38.25	Vereinsthaler . . 2 "	5 "	2 "	5 1/2 "			
				m. 140 fl. (70%) Einzahlung	217.—	219.—	Palffy zu 40 fl. G.M.	37.25	37.75	Silber-Agio . . . 38 "	—	38 "	25 "			

Effekten- und Wechsel-Kurse

an der k. k. öffentlichen Börse in Wien.

Den 22. Juni 1861.

Effekten.	Wechsel.
5% Metalliques 68.70	Silber 135.75
5% Nat. Anl. 80.80	London 137.00
Bankaktien 758.00	K. f. Dufaten 6.55
Kreditaktien 177.00	

Fremden-Anzeige.

Den 21. Juni 1861.

Hr. Möhl, von Gottschee. — Hr. Janoviz, Kaufmann, von Wien. — Hr. Van der Zee, Handelsmann, von Smyrna. — Hr. Bugmiller, Bräuerbesitzer, von Hütteldorf. — Hr. Waschnitz, Bezirks-Vorsteher, Tochter, von Ratsbach.

3. 1131. (1) Nr. 2356.

Edikt

Von dem k. k. Landes-, als Handelsgerichte wird bekannt gemacht:

Es sei über Einschreiten der Frau Franziska Mayr, in die Protokollirung der Firma für die von ihr errichtete Spezerei-Warenhand in Laibach mit

„Richard Mayr's Erben“

so wie in die Protokollirung der dem Herrn Philipp Fattori erteilten Prokura und des zur Zeichnung dieser Firma gewilliget und unter Einem veranlaßt worden.

Laibach am 15. Juni 1861.

3. 205. a (1) Nr. 182.

Kundmachung.

Die schriftliche und mündliche Prüfung der am k. k. Laibacher Gymnasium angemeldeten Privatisten wird für's II. Semester 1861 am 24. und 25. Juli um 8 Uhr Vormittags abgehalten werden.

In Folge h. U. M. Erlasses vom 9. Juni 1858, Zahl 9653, haben sich die bezüglichen Schüler katholischer Religion vor Ablegung der Privatprüfung mit einem Zeugnisse darüber auszuweisen, daß sie den Religionsunterricht von einem hiezu vom hochw. fürstbischöf. Ordinariats ermächtigten Priester erhalten und die Pflichten bezüglich der religiösen Übungen erfüllt haben.

K. k. Gymnasial-Direktion.

Laibach am 22. Juni 1861.

3. 993. (7)

Hausverkauf.

In der nächsten Nähe des in Angriff genommenen Eisenbahn-Hofes wird ein aus solidem Materiale erbautes stockhohes Haus sammt Garten und einer Wiese aus freier Hand zum Verkauf ausgesetzt.

Nähere Auskunft darüber erteilt bei gefälliger Anfrage der Eigenthümer selbst in Militär Ciffer.

A. Janusich.

Pränumérations-Einladung.

Mit 1. Juli beginnt ein neues Abonnement auf das zweite Halbjahr der „Laibacher Zeitung“ und „Blätter aus Krain“, (welche Letztere jeden Samstag als Gratisbeilage den P. T. Abonnenten verabfolgt werden.) In der bekannten Tendenz der Zeitung wird keine Veränderung eintreten; die Redaktion wird eifrigst bemüht sein, den Anforderungen ihrer Leser gerecht zu werden. Vaterländische Schriftsteller werden eingeladen, mitzuwirken; entsprechende Aufsätze und Mittheilungen werden bestens honorirt.

Die Pränumérations-Bedingungen bleiben unverändert:

Ganzjährig mit Post, unter Kreuzband versandt, 15 fl. — kr. Ganzjährig für Laibach, in's Haus zugestellt, 12 fl. — kr.
halbjährig ditto ditto ditto 7 „ 50 „ halbjährig ditto ditto ditto 6 „ — „
ganzjährig im Comptoir unter Convert 12 „ — „ ganzjährig im Comptoir offen 11 „ — „
halbjährig ditto ditto ditto 6 „ — „ halbjährig ditto ditto ditto 5 „ 50 „

Die Pränumérations-Beträge wollen portofrei zugesandt werden.

Die Insertions-Gebühren in das Intelligenzblatt der „Laibacher Zeitung“ betragen für eine Garmond-Spaltenzeile, oder den Raum derselben, für einmalige Einschaltung 6 Kr., für zweimalige 8 Kr. und für dreimalige 10 Kr. öst. W. u. f. f., wenn die Wiederholung der Einschaltung innerhalb acht Tagen erfolgt. Zu diesen Gebühren sind noch 30 Kr. „für Insertionsstempel“ für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. — Inserate bis zu 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 Kr. für drei Mal, 1 fl. 40 Kr. für zwei Mal und 90 Kr. für ein Mal, mit Inbegriff des Insertionsstempels.

Laibach, im Juni 1861.

Ignaz v. Kleinmayr & Fedor Bamberg.

3. 1080. (3)

Das Alpenbad

zu St. Leonhard ob Himmelberg, Post Feldkirchen in Kärnten, ist seit 1. Juni 1861 eröffnet.

Die Heilkraft dieser Quelle hat bei Nervenleiden, schwacher Verdauung und geschwächter Sehkraft, wie überhaupt bei Augen-Krankheiten fast an das Wunderbare grenzende Wirkungen an unzähligen Besuchern dieses Bades hervorgebracht; besonders haben Rekonvaleszenten von schweren Krankheiten hier in der stärkenden Alpenluft und durch die Einathmung der harzigen Ausdünstung der Fichtenwälder in unglaublich kurzer Zeit ihre volle Kraft und Stärke wieder erlangt. Auf Verlangen werden auch die in der neuern Zeit für Nervenfranke angerühmten Fichten-nadelbäder bereitet. Für hinlängliche Unterkunft ist durch neue Zubauten gesorgt; die neue Fahrstraße den Berg hinan bis zum Badeorte bequem und sicher; für gute Küche und Getränke so wie für honnete Bedienung wird die aufmerksamste Sorge getragen. Zu dem angenehmen Sommeraufenthalte in dieser lieblichen Alpenregion macht daher seine gehorsamste Einladung und empfiehlt sich hochachtungsvoll.

St. Leonhard ob Himmelberg, Post Feldkirchen in Kärnten, am 12. Juni 1861.

Jakob Wanner,

Badinhaber.

3. 1023. (3)

Hôtel „König von Ungarn“, große Schullerstraße in Wien.

Wir erlauben uns, die ergebenste Anzeige zu machen, daß wir das Hôtel seit 1. Mai übernommen haben, und bitten, das Vertrauen, welches dasselbe durch 45 Jahre unter der Familie Wuester genoss, an uns gütigst zu übertragen.

Es soll unsere ganze Aufmerksamkeit darauf gerichtet sein, die geehrten P. T. Gäste, so wie Reisende durch besonderen Komfort zufrieden zu stellen.

Gleichzeitig bringen wir zur geneigten Kenntniß, daß bei der geschmackvollen Umgestaltung der Restaurations-Lokalitäten der Hof in einen Speisegarten umgestaltet wurde.

Hochachtungsvoll Ergebene

C. Landisch,

durch 13 Jahre gewesener Restaurateur des adeligen Casino in Pest.

A. Vogelsang,

gewesener Geschäftsführer des obgenannten Hôtels.